



AUSGABE MAI II 2021

AKTUELLES AUS DEM LANDTAG



FRANK STEINRATHS MdL



Liebe Leserin, liebe Leser,

Hessen wird immer schneller beim Impfen. Nach der anfänglichen Kritik, Hessen sei bundesweites Schlusslicht, haben wir in großen Schritten uns zurück an die Spitze gekämpft. Dank der schnell sinkenden Inzidenzwerte können bald schon weitere Lockerungen beschlossen werden. Gerade für Geimpfte, Getestete und Genesene werden viele Maßnahmen bald wegfallen. Wenn wir auch auf den letzten Metern so entschlossen und besonnen bleiben.

Sie haben die neue Ausgabe des Landtags-newsletters vor sich, in der ich gerne über meine Aktivitäten in Wiesbaden und aus dem Wahlkreis berichte.

Schauen Sie auch auf meiner Facebook-seite vorbei, um direkt die aktuellen Neuigkeiten zu erfahren: www.facebook.com/steinraths

Ihr
Frank Steinraths MdL

ISLAMISTEN DEN GELDHAHN ZUDREHEN

DEUTSCHLAND VERBIETET ISLAMISTISCHE VEREINE UND STEHT ENG AN DER SEITE ISRAELS

Deutschland steht fest an der Seite Israels. Das ist klare Staatsräson unseres Landes. Darum hat Bundesinnenminister Horst Seehofer drei islamistische Unterstützervereine der terroristischen Hisbollah verboten. Die Vereine haben Gelder für die Hisbollah gesammelt, welche ein klarer Feind Israels ist. „Wir verbieten die Finanzierung von Terroristen in Deutschland und stärken so unserem Freund und Verbündeten Israels den Rücken“, erklärt der Landtagsabgeordnete Frank Steinraths.

Mit den Spendengeldern der Vereine wurde der Kampf der libanesischen

Hisbollah-Miliz gegen Israel gefördert, indem junge Extremisten mit finanziellen Mitteln zum Märtyrer-Tod gebracht wurden. Die Polizei durchsuchte mehrere Räume im Bundesgebiet, auch in Hessen. „Das ist ein klares Zeichen gegen die Feinde Israels, gegen Antisemitismus und für Israel. Wir bekämpfen den Terrorismus in jeden seiner Formen immer und überall. Auch an die Demonstranten in Deutschland welche für Palestina auf die Straße gehen sei gesagt, dass für Hass und Gewaltaufrufe gegen Juden in unserem Land kein Platz ist“, schließt der Abgeordnete ab.



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie geben uns die positiven Entwicklungen der letzten Wochen die so lang ersehnte Hoffnung und Zuversicht im Kampf gegen das Virus: Die täglichen Infektionszahlen und Inzidenzen gehen weiter zurück, erste Landkreise können sich von der Bundesnotbremse lösen und mit stetig mehr Impfdosen und der Aufhebung der Priorisierung ab Juni erhalten immer größere Teile der Bevölkerung ihre Impfung und tragen damit zur Entlastung unseres Gesundheitssystems und zur Herstellung einer Herdenimmunität bei. Das ist ein großer und gemeinsamer Erfolg von uns allen, denn all die Maßnahmen und Einschränkungen konnten ihre Wirkung nur entfalten, weil wir auf die ungebrochene Solidarität und Rücksichtnahme in unserem Land zählen konnten. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein und dafür möchte ich Ihnen allen noch einmal ganz herzlich danken!

Mit unserem Öffnungskonzept stellen wir nun erste bedachte und vorsichtige Lockerungen in verschiedenen Bereichen in Aussicht, sobald es die Inzidenzzahlen erlauben. Dennoch müssen wir auch weiterhin vorsichtig bleiben und verantwortungsvoll mit der Situation umgehen. Die Ungeduld darf jetzt nicht zu unserer Schwäche werden, wenn wir nicht wollen, dass die Pandemie noch länger unser Leben bestimmt. Denn trotz der vielen positiven Entwicklungen bleibt die Gefahr des Virus weiter bestehen, und wir dürfen ihm nicht die Chance geben, sich noch einmal in größerem Maße zu verbreiten. Darauf setze ich und bin zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderung und die nächsten Schritte gemeinsam bewältigen werden.

Nun will ich gerne mit Ihnen gemeinsam auf die vergangene Plenarwoche zurückblicken: Mit unserem Setzpunkt zum Thema Kinderschutz haben wir ein Thema aufgegriffen, das uns alle angeht und dem wir uns als CDU-Fraktion seit jeher in besonderer Weise verpflichtet fühlen. Jedes Kind hat das uneingeschränkte Recht, unbeschwert und glücklich aufzuwachsen. Unsere Fraktionsvorsitzende Ines Claus machte deshalb in ihrem Beitrag noch einmal deutlich, dass es für uns alle fortwährende Verpflichtung und Aufgabe ist, Kinder und Jugendliche bestmöglich vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen, denn sie sind unsere Zukunft und verdienen

nicht nur deshalb die Aufmerksamkeit und Fürsorge von Staat, Gesellschaft und Familie. In diesem Zusammenhang sollen auch die jüngsten Erfolge der hessischen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität nicht unerwähnt bleiben, die mit der Zerschlagung der international operierenden Kinderpornografieplattform „Elysium“ sowie ganz aktuell der weltweit größten Plattform „Boystown“ herausragende Beiträge im Kampf gegen die Verbreitung von Kinderpornografie geleistet hat. In weiteren Beiträgen informieren wir Sie über die aktuellen Regelungen zu Corona, die gerade auch für Familien erste Erleichterungen mit sich bringen und bekräftigen gerade in diesen Tagen noch einmal unser Bekenntnis zum Staate Israel. Die Ereignisse im Nahen Osten machen fassungslos und lassen uns bestürzt zurück. Ähnlich geht es uns bei einzelnen Ereignissen in deutschen Großstädten. Umso deutlicher stehen wir auch in Hessen mit Wort und Tat gegen jede Form des Antisemitismus zusammen.

Eine interessante Lektüre und in diesen Zeiten weiterhin viel Gesundheit wünscht Ihnen

Ihr
Holger Bellino
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag



FÜR DEN SCHUTZ UNSERER KINDER – DENN SIE SIND UNSERE ZUKUNFT

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich. Denn Kinder sind unsere Zukunft, unser Mittelpunkt und es gibt im Leben nichts Schöneres, als sein Kind gesund und geborgen aufwachsen zu sehen. Neben der elterlichen Fürsorge und Zuwendung, die ein jedes Kind verdient, haben gerade sie ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf eine gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Auch deshalb stehen sie unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Für uns als CDU-Fraktion hat

dieses Thema seit jeher oberste Priorität und wir kämpfen seit vielen Jahren dafür, dass die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft vor Übergriffen bestmöglich geschützt werden.

Leider erreichen uns aber auch immer wieder schreckliche Nachrichten, in denen Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalt werden. Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Kinderpornografie gehören dabei zu den widerlichsten und abstoßendsten Verbrechen überhaupt. So stieg 2019 die Zahl der Kinder, die als Opfer von sexueller Gewalt registriert wurden, um

9 Prozent. Das Internet ist dabei Segen und Fluch zugleich. Einerseits bietet es schier unendliche Möglichkeiten in der Kommunikation, andererseits ruft es seit jeher auch Kriminelle auf den Plan, die sich die Freizügigkeit des Internets zu eigen machen. Es ist daher ein wichtiger Erfolg, dass auf maßgebliche Initiative Hessens das sog. Cybergrooming und damit schon allein der Versuch mit einem Kind im Internet aus sexuellem Interesse in Kontakt zu treten unter Strafe gestellt wurde.

Zum 1. Januar 2008 hat die CDU-Fraktion außerdem dafür gesorgt, dass in Hessen als erstem Land in der Bundesrepublik die U-Untersuchungen für Kinder verpflichtend sind. Hierdurch wurde gewährleistet, dass Kinder in regelmäßigen Abständen Ärzten vorgestellt werden, auch um Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellen Missbrauch aufzudecken. Dabei haben wir die Ärzte von ihrer Schweigepflicht befreit, damit sie Verdachtsfälle dem zuständigen Jugendamt melden können.

Weil es einen kompletten Schutz nicht geben kann, müssen die jungen Opfer

von Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch bestmöglich ärztlich versorgt und die Beweise detailliert und gerichtsfest gesichert werden – ohne dass es dabei zu einer weiteren Traumatisierung kommt. Außerdem brauchen die Opfer möglichst schnell und professionell Hilfe. Dazu gibt es ein landesweites

„Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich.“

Beratungsnetz, das bald durch eine Koordinierungsstelle noch zielgerichteter arbeiten kann. Zudem gibt es in Hessen acht Opferhilfevereine, die das Land unterstützt und bei denen eine qualifizierte Betreuung durch Ärzte, Jugendpsychologen und auch der Staatsanwaltschaft erfolgt, die alle das Kindeswohl im Blick haben.

Um am Ende auch den Verursachern dieser abscheulichen Taten habhaft zu werden, haben wir ihnen mit über 130 Ermittlern in einer Sondereinheit der hessischen Polizei den Kampf angesagt. Dazu kommt die Zentralstelle zur Bekämpfung

der Internetkriminalität (ZIT) bei der Generalstaatsanwaltschaft, die regelmäßig ganz maßgeblich an Ermittlungserfolgen mit weltweiter Tragweite beteiligt ist. Der Schlag gegen die Kinderpornoplattform „Boystown“ mit einer unfassbaren Größe von 400.000 Mitgliedern ist nur einer der jüngsten Erfolge, der das außerordentliche Können der ZIT unter Beweis stellt.

Trotzdem führen die Zahl der Delikte in diesem Bereich und die Art ihrer Begehung immer wieder vor Augen, dass im digitalen Raum noch deutlich effizienter durchgegriffen werden muss.

Hier müssen sich die anderen Parteien auf Bundesebene endlich auf den Weg machen, mit der CDU effizientere Strafverfolgungsinstrumente einzuführen. Jede Verbesserung bspw. bei der Vorratsdatenspeicherung hilft, der Täter habhaft zu werden.

Unsere Kinder zu schützen, ist eine der zentralen Aufgaben einer starken Gesellschaft. Deshalb bedarf sie auch weiterhin unserer vollen Aufmerksamkeit, und wir sehen es als unsere herausragende Pflicht, das wirkliche Schutzschild für unsere Kinder auch weiterhin zu stärken und auszubauen.

GESCHLOSSEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Tobias Utter, MdL

Die schockierenden Bilder aus Israel, die abscheulichen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zum Teil antisemitischen und menschenverachtenden Demonstrationen und Proteste, nicht nur hier in unserem Land lassen einen sprachlos und verzweifelt zurück. War doch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Gespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten ein historisches und hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass scheinbar ewige Feindschaft einer konstruktiven,

pragmatischen Zusammenarbeit gewichen ist. Die erneuten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina trüben nun diese Hoffnung, einer Zweistaatenlösung näherzukommen.

Wir alle hoffen und appellieren an ein schnelles Ende der Gewalt und sind in Gedanken bei den Menschen vor Ort, die so viel Leid zu ertragen haben.

Wer dann in diesen Zeiten jüdische Gemeinden attackiert und bedroht, menschenverachtende Parolen skandiert und seinen Antisemitismus offen auf die Straßen trägt, der steht nicht auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Denjenigen geht es auch nicht um

Kritik an einem Staat und einer Regierung, sondern um Aggression und Hass gegen eine Religion und diejenigen, die ihr angehören.

„Wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.“

Wir sind Ministerpräsident Volker Bouffier und Landtags-

präsident Boris Rhein sehr dankbar, dass sie mit dem Hissen der Staatsflagge Israels vor Staatskanzlei und Landtag ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels gesetzt haben. Für uns ist klar: Hessen ist ein offenes Land und wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus. Mit einem eigenen Beauftragten und vielen großen und kleinen Projekten und Maßnahmen macht die Landesregierung dies auch immer wieder in Wort und Tat deutlich.



SCHÜLERN UNTER DIE ARME HELFEN

CORONABEDINGTE SCHULPROBLEME SOLLEN MIT EINEM AUFHOLPAKET AUFGEFANGEN WERDEN

Keine Schülerin und kein Schüler Hessens soll durch die Corona-Pandemie Nachteile haben. 2020 und 2021 haben viel durcheinandergewirbelt in der Schullandschaft, bedingt durch das Virus. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder jetzt oder später Probleme in der Schule, der Ausbildung oder dem Studium bekommen, weil sie coronabedingte Lerndefizite hatten. Wir helfen ihnen, verpassten Stoff wieder aufzuholen.

Dazu hat das Land Hessen ein Aufholpaket für Schüler zusammengestellt um Nachteile für die Schullaufbahn zu vermeiden. Das Programm sieht Programme in den Ferien vor, ähnlich der bekannten Ostercamps oder Ferienakademien und soll durch Unterrichtsmaterial und Lernapps ergänzt



werden sowie private Lerninstitute mit einbeziehen. Dafür hat die CDU geführte Landesregierung 60 Mio. Euro bereitgestellt um schon ab Sommer 2021 entsprechende Angebote starten zu können. Zusätzlich zum geplanten Bundesprogramm werden dann umfassende Möglichkeiten geboten. Unser Ziel ist es keinen Schüler zurück zu lassen.



Besuche im Landtag sind weiterhin leider nicht möglich, aber dank des Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Bereich Bildungs- und Jugendangebote ist es für die Schulklassen nun möglich, verschiedene Planspiele und Seminare online durchzuführen! Gerne auch mit mir als Gesprächspartner.



Am 4. Mai war der internationale Tag der Feuerwehrleute. Ein Grund mehr dem unermüdlichen Einsatz der Wehrleute zu danken. Tagtäglich setzen sie sich für ihre Mitmenschen ein um zu retten, bergen und zu schützen. Hessen und die CDU stehen auch weiterhin an der Seite der Floriansjünger und werden alles dafür tun, damit die Ausrüstung der Feuerwehren immer auf dem neuesten Stand und topmodern ist.

Vollständig Geimpfte und Genesene sind mit negativ Getesteten gleichgestellt.

- Keine Kontaktbeschränkungen mehr.
- Werden bei privaten Treffen nicht mitgezählt.
- Besuchsbeschränkung in Alten- und Pflegeheimen gelockert.
- Keine Test- und Quarantänepflicht.
- Keine Ausgangsbeschränkungen.

Regelungen für Landkreise & kreisfreie Städte in Hessen

Inzidenz über 100
Es gilt die Bundesnotbremse

Inzidenz unter 100
Es gilt die Landesregelung

<p>Stufe 1 ab 17. Mai 2021</p> <p>Inzidenz von 100 muss fünf Werktage in Folge unterschritten sein</p>	<p>Stufe 2</p> <p>Inzidenz muss weitere 14 Tage unter 100 oder fünf Tage unter 50 liegen</p>
---	---

Steigt die Inzidenz an 3 aufeinanderfolgenden Tagen über 100, greift erneut die Bundesnotbremse.

Lockerungen für Geimpfte und Genesene wurden beschlossen: Viele Regeln wurden für diese Personen aufgehoben. Eine Maskenpflicht gilt jedoch weiterhin. Die Quarantänepflicht gilt nur dann, wenn man aus einem Virusvarianten-Gebiet einreist.

IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
 Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
 Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
 E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Frank Steinrath MdB
 Wahlkreis 17 - Lahn-Dill II
 Oskar-Barnack-Straße 11 | 35578 Wetzlar
 Tel.: 0611/350621
f.steinrath@ltg.hessen.de
 Fotos: Scarlett Rüger, Marius Schmitt, hessen.de
cdu.de, cduhessen.de, freepic.com